

AKADEMIE Seminare



Top Story April 17



Seminar

Beschreibung

Über 1,2 Millionen Unterschriften – Breiter Zuspruch für die Aktion „Gesundheitssystem in Gefahr“

Genau 6152 Apotheken – das sind mehr als 30 Prozent aller niedergelassenen Apotheken in Deutschland – sind dem Aufruf der ABDA im vergangenen Dezember gefolgt und haben sich an der Unterschriftenaktion „Apothekendeckelung in Gefahr“ beteiligt. Konkreter Anlass für die Aktion ist die Besorgnis vor möglichen Folgen des im vergangenen Oktober verabschiedeten EuGH-Urteils.

Mit ihrer Entscheidung haben die Richter ausländischen Versandapotheken beim Vertrieb verschreibungspflichtiger Medikamente de facto einen Wettbewerbsvorteil verschafft. Während sie den

Versandapotheken in diesem Warenssegment die Weitergabe von Rabatten an Kunden

einräumen, bleibt die Bindung an vorgeschriebene feste Preissetzungen für deutsche Apotheken weiterhin bestehen. Auf Dauer könnte dies die Existenz vieler niedergelassener Apotheken bedrohen und zu einem bundesweiten Apothekensterben führen.

Im Gegensatz zu den deutschen

Ballungsgebieten und Großstädten, in denen eine ausreichende Infrastruktur für die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung besteht, würde ein Rückgang der Apothekendichte in den dünner besiedelten Regionen wohl am deutlichsten spürbar werden. Diese Vermutung liegt nahe wenn man einen Blick auf die gesammelten Unterschriften in den Bundesländern im Verhältnis zur Bevölkerungszahl wirft. Danach hat Mecklenburg-Vorpommern mit 55.000 Unterschriften die höchste Beteiligungsquote erreicht. Geschäftsführer der AKMV, Dr. Bernd Stahlhacke: „Als Flächenland wären wir besonders betroffen, wenn Apotheken wegfielen. Dann wird der Weg bis zur nächsten Apotheke nämlich noch ein Stückchen weiter – diese Gefahr haben alle erkannt.“ Nicht nur die Beteiligung der Bevölkerung, auch die der Apotheken spiegelt die Relevanz des Themas dort wider. Über 70 Prozent aller Apotheken nahmen hier an der Aktion des ABDA teil.



Im verhältnismäßig dünn besiedelten

Schleswig-Holstein und im Saarland konnten ähnlich starke Beteiligungsquoten registriert werden. Weniger beeindruckend sind die Zahlen aus dem dichtbesiedelten Bezirk Nordrhein. Die drittgrößte Kammer Deutschlands konnte nur etwa 17 Prozent der Apotheken mobilisieren. Entsprechend niedrig fiel dort – mit gerade einmal 0,8 Prozent die Unterschriftenquote aus. Dass die Aktion aufgrund der großen Resonanz ein klares Signal der Bürger an die Politik ist, davon ist ABDA-Präsident Friedemann Schmidt überzeugt: "Wenn mehr als eine Million Bürger mit ihrer Unterschrift eine sozial gerechte und wohnortnahe

Arzneimittelversorgung für die Zukunft einfordern, dann ist das ein klarer Auftrag in Richtung Politik zu handeln."

Langfristig soll es nach dem Willen der Apotheken in Deutschland aber nicht nur um eine Nachbesserung des EuGH-Urteils gehen, sondern weitergehend um ein generelles Versandverbot für rezeptpflichtige Medikamente in Deutschland. Unterstützung hierfür könnte die hiesige Apothekerschaft vom deutschen Gesetzgeber erhalten. Das Bundesgesundheitsministerium hat bereits im Dezember 2016 einen entsprechenden Gesetzesentwurf erarbeitet.

Download

Informationen und Fax-Anmeldung

Alle Informationen rund um das Seminar sowie die Möglichkeit zur Anmeldung per Fax, erhalten Sie mit dem Download des nachfolgenden PDFs (ca. 145 KB).